

---

# Demokratie am Scheideweg

Bernward Gesang

---

## 1 Die Diagnose

Die Situation der Menschheit gleicht derjenigen eines Krebskranken, der noch kaum Beschwerden verspürt, aber wissen sollte, dass er in Lebensgefahr schwebt. Die Ärzte raten ihm zu schmerz- und risikvollen Therapien, aber eigentlich fühlt sich der Patient noch wohl und die Vorstellungen von den Lasten der Therapie schrecken ihn zutiefst. Als 1971 der erste Bericht des Club of Rome veröffentlicht wurde,<sup>1</sup> hat die Menschheit eine solche »Krebsdiagnose« erhalten, welche von den Klimaforschern und den regelmäßigen Berichten des Club of Rome erneuert wurde.<sup>2</sup> Die Treibhausgasemissionen, der Flächen- und Ressourcenverbrauch, die Nahrungsmittelproduktion, die Weltbevölkerung, die Industrieproduktion, all dies wächst ungebrems, und unkontrolliertes Wachstum ist ein Merkmal von Krebszellen. Während »gesundes« Wachstum zu einem Abflachen der Wachstumskurven und neuen Gleichgewichten übergeht, führt unbegrenztes Wachstum in der Regel zum Systemzusammenbruch, zum Tod. Die Erde ist ein System mit begrenzten Ressourcen und Senken. Wenn wir nun immer weiter wachsen, müssen die Grenzen des Systems irgendwann erreicht sein.

In den letzten Jahren ist zudem eine neue Dimension des Klimawandels erkannt worden, die unsere Lage drastisch verschlimmert. Bislang agieren Böden und Meere als Speicher für CO<sub>2</sub> und Methan. Aber die Gefahr besteht, dass sie bei zunehmenden Temperaturen das in ihnen gespeicherte CO<sub>2</sub> bzw. Methan wieder freisetzen. Mitglieder des Hadley Centers und andere Klimaforscher behaupten,<sup>3</sup> dass wir bei einer Erwärmung über zwei Grad hinaus Kippunkte überschreiten

---

1 Meadows et al. 1971.

2 Randers 2012.

3 Cox et al. 2000.

würden. Das löse eine Eigendynamik aus: Das Überschreiten eines Kipppunktes würde zu einer weiteren Freisetzung von gespeichertem CO<sub>2</sub> und Methan führen, was den nächsten Kipppunkt auslöse, eine weitere Freisetzung bewirke und so fort. *Überschreiten wir zwei Grad, landen wir bei sechs Grad oder mehr*, so die Botschaft. Während Feedback-Effekte allgemein anerkannt sind, benennt die These des Hadley Centers nur eine Möglichkeit,<sup>4</sup> ist aber als Worst-Case-Szenario ernst zu nehmen. Damit steht der Fortbestand der Menschheit auf dem Spiel, denn in einer derart erwärmten Welt wird ein Überleben kaum mehr möglich sein.

Haben wir allerdings nicht immer in der Not eine Technik entwickelt, die es uns erlaubt, Grenzen zu überschreiten, wenn solche auftauchen?<sup>5</sup> Aber wie oft hintereinander werden uns technische Wunder retten? Zumindest kann man fragen, ob wir verantwortlich handeln, wenn wir aufgrund der Hoffnung, zu jedem Problem eine technische Lösung zu finden, Problem auf Problem häufen. Unser Umgang mit Atomkraft, Klimawandel, Wasserarmut, grüner Gentechnik, dem Wirtschaftswachstum angesichts ökologischer Grenzen, all das gleicht dem Ausstellen ungedeckter Schecks, mit denen wir Wetten abschließen, Probleme irgendwann mit noch zu entwickelnden Techniken lösen zu können. Und bei keiner dieser Wetten können wir uns erlauben, zu verlieren, denn der Einsatz ist extrem hoch.<sup>6</sup> Schon in den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts glaubte man ein Problem der Kühltechnik durch den Einsatz von Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKW) gelöst zu haben. Diese »Lösung« führte jedoch zu mehr Problemen (zum Beispiel zum Ozonloch) als sie löste. Es besteht die Gefahr, dass technische Lösungen in komplexen ökologischen Systemen zu scheinbar guten, aber letztlich schlechten, also »dialektischen« Wirkungen führen.

Das illustrieren Studien zum »Tanaland«.<sup>7</sup> Es handelt sich dabei um einen Versuch der Psychologen Dörner und Reither, den diese schon in den siebziger Jahren angestellt haben: Sie generierten ein Entwicklungsland im Computer und diesem sollten junge Entwicklungshelfer helfen. Die eingesetzten Techniken führten jedoch mittelfristig zum Ruin des Landes, denn die Wirkungen der Techniken waren eben dialektisch. So wurden Brunnen gebohrt, aber dadurch sank mittelfristig der Grundwasserspiegel und die Wasserversorgung brach zusammen. Die Eingriffe wurden anhand »linearer« Kausalketten (auf A folgt B, dann C und D) geplant, aber die Realität ist ein komplexes System mit Wechselwirkungen. Es gilt also erst einmal überhaupt machbare technische Lösungen für unsere Zukunftsprobleme zu finden und dann noch die Dialektik zu vermeiden. Dass dies in all

---

4 Über das Spektrum möglicher Feedback-Effekte: Friedlingstein et al. 2006.

5 vgl. Simon 1981.

6 Jonas 1979.

7 Dörner, Reither 1978.

den angesprochenen Problemfeldern gelingen wird, ist eine äußerst gewagte Behauptung.

Fazit: Die Probleme sind fast übermächtig und dringlich und wir müssen uns umgehend überlegen, wie wir sie lösen wollen.

---

## 2 Politikversagen – die Politiker

Die Therapien sind eine Regulation des Bevölkerungswachstums, ein globaler Emissionshandel, der Ausbau erneuerbarer Energien und vieles andere mehr. Aber verbindliche Abkommen zur Begrenzung des Klimawandels oder des Bevölkerungswachstums scheitern, nicht zuletzt am politischen System. Im Folgenden werde ich einige Argumente für das gerade unterstellte Politikversagen bei Politikern auflisten und später auf die Bürger übertragen:

a) Demokratie kann man als Herrschaftsform bezeichnen, in der ein großes *Qualifikationsproblem* herrscht.<sup>8</sup> Das kann man zuerst auf die Politiker beziehen. Gemeint sind einerseits die Reagans und Bushs, die Tea-Party-Abgeordneten und Berlusconi, die in der Demokratie immer wieder an die Macht kommen und immensen Schaden anrichten. So hat z.B. Reagan die von Jimmy Carter, seinem Vorgänger im Amt des Präsidenten, erstellte Studie »Global 2000« unbeachtet gelassen und durch sein politisches »weiter so« unsere Gegenwartskrise mit heraufbeschworen. Gemeint sind aber darüber hinaus viele andere Führer, die nicht verstehen oder nicht verstehen wollen, welche Bedrohung ökologische Probleme darstellen, wenn sie ein Primat der Wirtschaft verkünden und beschließen. Selbst die demokratische Regierung unter Barack Obama und der demokratische US-Kongress haben offenbar die Verhandlungen auf der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen bewusst durch vorherige Absprachen mit den Chinesen scheitern lassen, wie man im Umfeld der Verhandlungen nachlesen konnte.<sup>9</sup>

In Zeiten moderner Technik sind die Wirkungsmöglichkeiten des Menschen auf die Natur enorm gewachsen. Daher kommt man mit linearem Denken nicht mehr aus, man muss vernetzt denken (s. o. Tanaland-Studie), da Ökosysteme auf Eingriffe schwer berechenbar reagieren. Dieses komplexe Rückkopplungsschleifen einbeziehende Denken fehlt Politikern oft.

b) Die *Anreize für Politiker* im demokratischen System lauten: Machterhalt und Wiederwahl. Beides ist mit Ökologiepolitik nicht zu erreichen. Politiker werden sich im Regelfall gemäß den Anreizen verhalten, denn sie wollen ihre Ei-

---

8 Die Wurzeln des Arguments gehen zurück auf Platons *Politeia*: Platon 1986.

9 Online verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/o,1518,733230,00.html> (Stand: Mai 2013).

geninteressen verfolgen. Das lehrt die ökonomische Demokratietheorie. Entscheidungen werden auf die Wiederwahl ausgerichtet und orientieren sich daher an kurzfristigen Zielen. Zukünftige Menschen sind keine aktuellen Wähler und können heutige Politiker nicht bestrafen oder belohnen. Die Anreize in der Demokratie sind auf den Machterhalt von Legislaturperiode zu Legislaturperiode bezogen, aber die Gewinne von Ökologienpolitik treten erst viel später ein. Daher meint Tine Stein, dass »die ökologische Problemqualität mit der zeitlichen Struktur demokratischer Kontrolle nicht zusammengeht«<sup>10</sup>.

c) Manche Politiker berufen sich darauf, die Klientel, die sie gewählt hat, notfalls *gegen das Allgemeininteresse* zu repräsentieren. Spätestens, wenn die »Klientel« aus dem nationalen Wahlvolk besteht und das Allgemeininteresse ein globales und zeitübergreifendes ist, wird das eine Mehrheitsmeinung unter Politikern. Es ist hinderlich, sich und dieser Klientel die Macht einschränkende Strukturen in den Weg zu stellen.

Allerdings ist dieses Verständnis des Allgemeinwohls moralisch nicht zu rechtfertigen.<sup>11</sup> Zukünftige Menschen haben denselben Wert wie gegenwärtige und das Glück von Menschen in Afrika zählt genauso viel wie das Glück von Menschen in Industriestaaten.<sup>12</sup> Das Allgemeinwohl verstehe ich als das Wohl aller existierenden und zukünftigen, empfindungsfähigen Lebewesen.<sup>13</sup> Zwar ist es aus praktischen Gründen sinnvoll, dass Politiker den je eigenen Staaten *besonders* verpflichtet sind. Man kann sich für bestimmte Regionen häufig effektiver einsetzen als für die ganze Welt. Aber das heißt *nicht*, dass Politiker nicht auch moralisch den Interessen von Bürgern anderer Staaten verpflichtet sind, die von den Entscheidungen der Politiker betroffen sein werden. Schon die Definition von »Moral«<sup>14</sup> besagt, dass moralisches Handeln ein Handeln ist, welches die Interessen oder Rechte aller von ihm Betroffenen gleichermaßen berücksichtigt. Das Problem verschieden-gradiger Verpflichtungen lässt sich bezogen auf Nachhaltigkeit meistens einfach lösen: Zukünftige Europäer werden unter einer aufgeheizten Atmosphäre und einem zerbrochenen sozialen Frieden auf der Welt leiden. Daher reicht die Ausweitung der Menge derer, denen Politiker besonders verpflichtet sind, auf zukünftige Generationen des eigenen Staatsvolkes in der Regel aus, um mehr als Klientelpolitik zu rechtfertigen. Genauso wie man als Politiker die Interessen derer zu beach-

10 Stein 1998, 135. Vgl. auch BUND et al. 1997, 379 f. oder jüngst Thomson 2010 und Tremmel 2005.

11 Hier vertrete ich eine andere, durch den ethischen Utilitarismus abgesicherte Meinung als Stein in diesem Band. Vgl. Gesang 2003.

12 vgl. z. B. Gesang 2011.

13 vgl. Gesang 2003.

14 Kutschera 1982, 302.

ten hat, die einen im eigenen Land nicht gewählt haben, muss man die Interessen derer im Auge haben, die in Zukunft im eigenen Staate leben werden.

d) Ein weiterer Faktor ist die *Abhängigkeit der Politik von Lobbys*. De facto ist die Demokratie ein Wechselspiel von Wählern und Eliten. Die Wähler können die Eliten abwählen und die Eliten können während der Wahlperioden relativ eigenständig entscheiden. Das Geheimnis der Demokratie liegt darin, die Macht weder den Vielen noch den Wenigen zu übergeben, sondern auf das Wechselspiel der beiden Gruppen zu setzen. Zwischen Wähler und Politiker-Eliten drängen sich nun aber Verbände, wie z. B. Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, organisierte Branchenvertreter der Industrie und andere Lobbys. Die Lobbyisten werden größtenteils nicht vom Bürger gewählt, sondern nur von »Vereinsmitgliedern«. Die politische Praxis sieht nun vorrangig so aus, dass sich die Vertreter der Politik mit denen der Lobbys auf Kompromisse einigen. Dabei setzen sich heute die verschiedenen Verbände und Interessengruppen mit den Politikern zusammen und beginnen einen Tauschhandel um Kompromisse.

Manche Theoretiker sehen darin ein neues Muster der Demokratie, in dem sich die in der Demokratie erforderliche wechselseitige Machtkontrolle primär im Konflikt und der wechselseitigen Einschränkung der Verbände äußert.<sup>15</sup> In dieser Form der Demokratie sind die Verbände die eigentlichen Volksvertreter, da in ihnen angeblich jeder Bürger organisiert bzw. repräsentiert ist. Die Verbände vertreten bestimmte Einzelinteressen, z. B. die der Arbeitnehmer. Diese Interessen versuchen sie gegen alle anderen Interessen durchzusetzen. Die Folge ist: *Es siegt nicht das wichtigste, sondern das am besten organisierte Interesse*. Viele Interessen, wie etwa die Interessen zukünftiger Generationen, der Dritten Welt oder der Obdachlosen, sind nicht organisiert und unterliegen in diesem System, was den Lobbyismus diskreditiert. Dass man sich gleichwohl derzeit des lobbyistischen Systems bedienen muss und versuchen sollte, nicht organisierte Interessen als neue Lobby zu organisieren, steht auf einem anderen Blatt.

Zu den Zuständen in den USA schreibt der französische Diplomat und Politikexperte Jean-Marie Guéhenno:

»Denn was ist Washington heutzutage anderes als Zehntausende von Regierungsbeamten, einige hundert Parlamentarier, einige tausend Mitarbeiter und vor allem 30 000 Lobbyisten? [...] Handelt es sich aber noch um Politik? Im Zusammenhang mit dem Lobbyismus besteht nämlich ein Mißverständnis: Man glaubt, die ehrliche Konfrontation zwischen den Einzelinteressen müsse notwendigerweise dem Interesse der Allgemeinheit dienen. [...] Das System [verfügt, Anmerkung des Verfassers] nicht über die Möglichkeit, das Interesse der Allgemeinheit [...] sichtbar werden zu lassen. Durch

---

15 Winter 1995, 146.

die Professionalisierung der Interessen löst sich die Politik in eine Vielzahl von partikulären Konfrontationen auf. [...] Eine solche Konfrontation läuft also auf eine Lähmung hinaus, weil es jenseits der einzelnen Auseinandersetzungen kein übergreifendes Prinzip gibt.«<sup>16</sup>

Mit dem deutschen Philosophen und Sozialökologen Rudolf Bahro könnte man behaupten: »Bisher verhindert unser parlamentarischdemokratisches System zuverlässig, daß die wirklich lebenswichtigen Dinge überhaupt auf den Tisch kommen.«<sup>17</sup> Das Allgemeinwohl kann in unserem System gar keine Stimme mehr erhalten. Das allgemeine Interesse hat keine Lobby und wird den jeweiligen Mehrheiten untergeordnet.

Dabei wird die Mehrheitsregel, nach der in der Demokratie entschieden wird, vom Versprechen gerechtfertigt, dass die Minderheit in Zukunft selbst Mehrheit werden und die Verhältnisse ändern kann, welche die einstige Mehrheit schuf. Aber in Anbetracht der irreversiblen Zerstörungen, die derzeit erfolgen, ist eine solche Hoffnung nicht mehr haltbar.<sup>18</sup> Daher kann man gut begründen, dass sich in der Demokratie nicht alles der Mehrheitsregel beugen sollte, sondern einmalige Naturgüter bewahrt werden sollten.

e) Der letzte hier zu erwähnende Faktor ist die *fehlende Machtkonzentration*. Die Macht in der Demokratie ist derart oft gebrochen und geteilt, dass nicht genug davon für einen Richtungswechsel verfügbar ist.<sup>19</sup> Der Gestaltungsspielraum ist denkbar klein, oft müssen Regierung und Opposition, wenn sie die Rollen tauschen, aus »Sachzwängen« heraus dieselbe Politik machen. Zwar gibt es für dieses Misstrauen der Demokraten gegenüber großer Machtfülle viele gute, historische Gründe, aber die Situation hat sich heute drastisch geändert. Unsere Gegenwart ist nicht mehr mit früheren Zeiten vergleichbar. Eine derartige Machtfülle, wie sie aus der Technik erwächst, verlangt ebenso machtvolle politische Kontrolle und die ist bei uns nicht mehr in ausreichendem Maße möglich.

Auf Seiten der Politiker bleiben also folgende Mängel zu konstatieren:

- a) Mangelndes Wissen, mangelnde Qualifikation: *Qualifikationsargument*.
- b) Anreize im System, kurzfristig und populistisch zu entscheiden: *Falsche Anreize*.
- c) Falsches, national und temporal verkürztes Verständnis von Allgemeinwohl: *Falsches Allgemeinwohlverständnis*.

---

16 Guehenno 1994, 40–45.

17 Bahro 1987, 481.

18 Stein 1998, 191.

19 Stein 1998, 165.

- d) Abhängigkeit von Lobbys: *Lobbyismus*.
- e) Zu häufig gebrochene Machtstrukturen: *Fehlende Machtkonzentration*.

### 3 Politikversagen – die Bürger

Die Punkte a) und begrenzt auch b) und d) kann man auf die Bürger übertragen. Diese sind ebenfalls mit der Komplexität heutiger Entscheidungen überfordert und nicht im Denken in Systemen geschult. Zudem versuchen sie in der Demokratie meist ihre *eigenen kurzzeitigen Interessen*, z. B. weniger Steuern, weniger Vorschriften und weniger Arbeitslose durchzusetzen. Diese Interessen sofort zu befriedigen ist ihr Anreiz und damit ruinieren sie die Umwelt nachhaltig. Es ist irreführend, zu meinen, die Wähler würden das Allgemeinwohl kennen und wünschen, nur die Politiker und Lobbyisten würden die Ausführung dieser Wünsche vereiteln. Die Wähler interessieren sich häufig kaum für die globalen Probleme, z. B. für die Armut der Entwicklungsländer. Was sie interessiert, ist, ob sie ein paar Euro mehr Steuern zahlen oder ob ihre Familien Vergünstigungen einstreichen. *Wähler und Politiker haben ein Interesse daran, die Kosten der heutigen Politik zu externalisieren*, d. h. in die Zukunft zu verschieben.<sup>20</sup>

Das lobbyistische System spiegelt die Interessen vieler Bürger wider. Sonst würden sich diese kaum in Verbänden organisieren, die häufiger auch gegen das Gemeinwohl opponieren, um Einzelinteressen zu sichern (z. B. in Massenorganisationen wie Gewerkschaften, die jahrelang gegen die Ökosteuer kämpften). Opfer zu erbringen ist nicht mehrheitsfähig,<sup>21</sup> denn mehrheitsfähig sind nur Maßnahmen, die mehr Rechte oder Güter für die derzeitigen Wähler bzw. deren Angehörige bringen.<sup>22</sup> Die Bürger stützen den Lobbyismus. D. h. die Diagnose, dass unsere Probleme nur auf mangelnder Information der Bürger beruhen, die richtig entscheiden würden, wären sie nur aufgeklärt,<sup>23</sup> greift zu kurz. Die Interessen der Mehrheit sind ein wesentlicher Teil des Problems.<sup>24</sup>

Man ist in den westlichen Demokratien gewohnt, die benannten Schwächen (als einzelne Fehlentwicklungen) anzuerkennen und als Preis der Demokratie in Kauf zu nehmen. Allerdings: Nur ein gesunder Planet könnte diesen Preis bezahlen. Unsere Erde hingegen ist schwer krank. Wenn das allgemeine Interesse nur

20 vgl. Stein 1998, 136.

21 vgl. Jonas 1979, 269, Bahro 1987, 330, 355.

22 vgl. Kielmansegg 1980, 79.

23 So versucht Geißler die Probleme zu beschreiben. (Geißler 2012) Ihm widerspricht Stein, welche die Wähler als häufig am Eigeninteresse orientiert (*homo oeconomicus*) beschreibt: Stein 1998, 150–164.

24 vgl. Gesang 2000.

da berücksichtigt wird, wo ihm keine größeren Einzelinteressen entgegenstehen, dann wird dies viele Menschen das Leben kosten. Wir müssen schnellstens unseren Lebensstil ändern, und das ist mit schier endlosen Kompromissen und Ausnahmeregelungen nicht rechtzeitig zu schaffen.

Die übliche demokratische Verteidigung, dass die besagten Missstände im politischen System zwar existieren, aber weder das ganze System beherrschen noch irreparabel sind, ist richtig, aber *die Demokratie bedarf dann auch konkreter Reparaturen*. Der alte Ausspruch von Winston Churchill »Die Demokratie ist die schlechteste aller Regierungsformen – außer all den anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind«, ist ebenfalls richtig, denn eine Alternative zur Demokratie ist nicht in Sicht. Aber man kann es dabei nicht einfach bewenden lassen. Wir müssen uns zu Reformen der Demokratie aufmachen, gerade wenn wir diese Regierungsform schätzen und bewahren wollen.

---

#### **4 Neue politische Institutionen, Vorschlag I: Volksentscheide, Basisdemokratie**

Unsere derzeitigen demokratischen Strukturen sind also nicht fähig, mit der ökologischen Krise fertig zu werden. Zu kurzfristig, zu egoistisch, zu populistisch ist unser System ausgerichtet, in dem sogar eine grundlegende Rechtschreibreform schon ein Ding der Unmöglichkeit ist. *Wie sind unter den herrschenden Verhältnissen die großen Einschnitte zu erwarten, welche die Menschheit überlebensfähig machen?*

Die Demokratie als solche steht dabei nicht zur Debatte. Es gibt keine Alternativen und nur die Demokratie hat das *selbstkritische Potenzial*, um Lehren aus Fehlern zu ziehen. Nur wenn immer mehr Menschen die Notwendigkeit von Veränderungen einsehen und akzeptieren, können sie mittelfristig zu Opfern bewegt werden. Eine *globale Diktatur* gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung würde hingegen eines Repressionsapparates von gigantischem Ausmaß bedürfen. Sie müsste derartig viel Aufmerksamkeit auf den bloßen Erhalt ihrer Macht legen, dass sie zu ihren eigentlichen Aufgaben gar nicht kommen könnte.<sup>25</sup> Also kann man nur resignieren oder sich daran machen, *neue demokratische Institutionen* zu schaffen, welche die besagten Defizite ausgleichen.

Eine mögliche Therapie wäre es, *mehr direkte Demokratie* zu ermöglichen und die Institution des Volksentscheids auszuweiten. Vertreter dieser Meinung bringen vor: Bürger direkt Entscheidungen treffen zu lassen, wecke deren Interesse an Politik, erzeuge Identifikation mit dem Gemeinwesen, erzwingen, dass sie sich bes-

---

25 Stein 1998, 217 ff.



ser informieren und dass sie weniger verdrängen können. Durch das Internet gut aufgeklärte Bürger trafen bessere Entscheidungen als lobbyhörige, nur auf den eigenen Machterhalt ausgerichtete Politiker.<sup>26</sup>

Diese Therapie allein wird bei der Lösung der ökologischen Probleme nicht entscheidend helfen.<sup>27</sup> Zwar werden durch direkte Bürgerbeteiligung einige der ökologischen Probleme aufgelöst, die auf Informationsmangel und Verdrängung beruhen. Voraussetzung dafür ist, dass zumindest die verantwortungsvollen Bürger sich vor Entscheidungen intensiv mit den Problemen befassen. Allerdings sind dem durch das *Qualifikationsargument* Grenzen gesetzt, denn komplexe Ökosysteme zu steuern, lernt man (bisher) nicht als Autodidakt im Internet. Zudem werden die Ziele direkter Demokratie primär Nahziele in der unmittelbaren Umgebung sein (notfalls also die Verhinderung der Windanlage nebenan), wenn das *Argument der falschen Anreize bzw. kurzfristigen Interessen* zutrifft. Die Probleme der Menschen, die in 100 Jahren leben werden, interessieren die meisten Bürger kaum. In der Schweiz herrscht mehr direkte Demokratie, aber die Schweiz ist keineswegs ein ökologisches und moralisches Musterland, allein schon, weil die Bürger den Banken an den entscheidenden Stellen keine Zügel anlegt haben, da sie von diesen Banken profitieren.

Selbstverständlich hat mehr Basisdemokratie auch Vorteile. Diejenigen ökologischen Probleme, die in mangelndem Wissen und insbesondere Verdrängung fußen, können wie gesagt zu einem Teil vermindert werden. Zudem werden die Bürger durch Elemente direkter Demokratie veranlasst, sich stärker mit dem politischen System *zu identifizieren und sich aktiv einzubringen*. Das könnte das »innere Absterben« der Demokratie bekämpfen, das wir derzeit erleben. Um die Vorteile der Basisdemokratie zu realisieren und die Nachteile zu vermeiden, gilt: Man sollte mehr direkte Demokratie mit einer institutionellen Absicherung der Zukunftsinteressen *verbinden*, dann kann die Basisdemokratie nicht zu Lasten der Zukunft gehen. Anwälte zukünftiger Generationen institutionell zu verankern, wie es in den nächsten Abschnitten vorgeschlagen wird, ist gerade eine *Voraussetzung* einer erfolgreichen Beteiligung der Bürger. Erstens, weil so die ganze Basis erfasst wird, inklusive der noch nicht existierenden Stimmen, die sonst nicht gehört werden. Zweitens, weil so eine falsche Tendenz im Denken vieler Bürger – kurzfristige Eigeninteressen zum alleinigen Maßstab zu nehmen – korrigiert wird. Die heilsamen Kräfte der direkten Demokratie können greifen, nachdem eine Institution zum Schutz zukünftiger Interessen eingerichtet ist.

---

26 So etwa Geißler in diesem Band, oder die Schlusskapitel von Precht 2010.

27 vgl. dazu: Rux 1999, Abschnitt III. 2, a).

## 5 Neue politische Institutionen, Vorschlag II: Zukunftsräte

Seit Jahren werden »Zukunftsräte« als neue Institutionen diskutiert.<sup>28</sup> Gemeint sind dritte Kammern im parlamentarischen System, in denen Personen sitzen, die in der Öffentlichkeit bereits durch Engagement für eine zukunftsfähige Lebensweise aufgefallen sind. Ideal wäre wohl ein Rat, der sich aus bekannten Wissenschaftlern, Künstlern, Literaten, Journalisten usw. zusammensetzt. Die könnten z. B. von Umweltverbänden, Universitäten, Journalistenverbänden etc. nominiert und vom Volk direkt und für längere Perioden (acht bis zehn Jahre) gewählt werden. Diese Personen wären z. B. engagierte Umweltschützer, die den Auftrag hätten, als Anwälte der Zukunft die Interessen der Zukunft in den heutigen Gesetzgebungsprozess einzubringen. Daher hätten sie ein Recht, Gesetzesinitiativen und Volksentscheide zu starten, Informationen zu sammeln und an die Öffentlichkeit weiterzuleiten,<sup>29</sup> sowie ein suspensives oder umfassendes Vetorecht<sup>30</sup> bei Gesetzen, welche die Nachhaltigkeit betreffen. Dabei reichte es nicht aus, wenn das Veto sich nur auf Vorbehalte bezüglich der Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes bezöge. Es müsste ein inhaltliches Veto möglich sein, welches auf der fehlenden Zukunftsfähigkeit eines Gesetzes fußt. Hätten mehrere Länder solche Institutionen, ließe sich der Klimawandel verlangsamen, wenn es sich bei diesen Institutionen nicht nur um weitere Beratungsgremien handeln würde, von denen wir schon über eine ausreichende Menge verfügen.<sup>31</sup> *Ein Zukunftsrat oder eine Ombudsperson (s. u.) ohne Machtbefugnisse erwiese der Idee einer neuen Institution einen Bärendienst.* Demokratisch legitimiert wären solche Räte jedenfalls, wenn sie vom Volk gewählt würden, wobei die Crux darin bestünde, dass man das Volk zur Wahl eines solchen Gremiums, dessen Notwendigkeit es eben mehrheitlich vielleicht nicht einsieht, nötigen müsste, notfalls per Wahlpflicht.

*Vorteile wären:* Experten erhalten mehr Gewicht. Falsche Anreize und kurzfristige Interessen werden durch das Mandat der Zukunftsanwälte, durch die Langfristigkeit der Wahlperioden und die Unabhängigkeit der Kandidaten aufgelöst. Eine unabhängige Kammer hat weniger Angriffsflächen für den Lobbyismus, eine solche Kammer hätte eine Verpflichtung auf ein richtiges Allgemein-

28 Zu einem durchdachten und juristisch ausgefeilten kompletten Entwurf für eine Änderung des Grundgesetzes vgl. Rux 2003.

29 Und damit auch der von H. Geißler in diesem Band geforderten Aufgabe zu entsprechen, das öffentliche Bewusstsein zu formen und zu organisieren.

30 Wenn die demokratische Legitimation des Rates aus Wahlen herrührt, ist sie so stark, dass man dem Rat auch ein umfassendes Vetorecht zusprechen könnte, vgl. zum Vetorecht Stein in diesem Band.

31 Tremmel spricht von »Beiräteunwesen«. Tremmel 2005, 6.

wohlverständnis und sie würde den Interessen zukünftiger Generationen mehr Macht verleihen.

Aber es fehlt am Willen der Politiker, Macht abzugeben und die Verfassung demgemäß zu ändern. Allerdings könnte man die Politiker vielleicht dazu zwingen, wenn man einen Volksentscheid auf Bundesebene (und möglicherweise Europaebene) möglich macht. Dabei können ja auch Minderheitenpositionen erheblichen Druck aufbauen, wie man z. B. bei Aktiengesellschaften, die unter dem Druck kritischer Aktionäre stehen, sehen kann. Schon mit elf Prozent der Stimmberechtigten konnte PIRC, ein amerikanischer, kritischer Aktionärsverband, den Shell-Konzern in die Knie zwingen.<sup>32</sup> Man könnte die Politik durch einen medienwirksamen Kampf für Zukunftsrate und entsprechende Volksentscheide nötigen, dem Anliegen entgegenzukommen, um das eigene Image zu wahren. Ebenso gibt es Versuche, junge Parlamentsabgeordnete parteiübergreifend für eine engagierte Politik zugunsten ihrer eigenen Zukunft zu gewinnen.<sup>33</sup> Solche Initiativen sollte man internationalisieren.

Wenn all das fehlschlägt, könnte man einen Zukunftsrat erst einmal auf Ebene der NGOs etablieren. Er sollte die aktuelle Politik kommentieren und alternative Maßnahmen fiktional beschließen und protokollieren. Dann könnte man im Laufe der Zeit gut dokumentieren, wie sich eine Politik mit und ohne Zukunftsrat unterscheidet, und das könnte zur Profilierung dieser Institution beitragen.

Was könnten Argumente gegen diese Idee sein?

1) *Ökodiktatur und Legitimation*: Wird hier nicht doch ein verkappt diktatorisches Instrument befürwortet? Droht nicht eine »Expertokratie«, eine Herrschaft von Wissenschaftlern und Fachidioten? Dem ist entgegenzuhalten: Ein Zukunftsrat wird nur zustande kommen, wenn viele Bürger ihn wollen und Druck aufbauen. Zudem ist erst eine solche Institution wirklich basisdemokratisch, denn sie bringt die Stimmen derer ein, die sonst nicht gehört werden. Nur mit einer solchen Institution bekommt die Zukunft eine Stimme in der Gegenwart. Daher ist eine Opposition zu den Befürwortern von mehr Basisdemokratie nicht automatisch gegeben. Die Aktivierung, welche die Basisdemokratie in die Wählerschaft bringt, kann der Verteidiger eines Zukunftsrates befürworten. Nur dass er meint, mehr Basisdemokratie löse nicht alle Probleme, sondern sie sei institutionell zu ergänzen.

Der Aufbau des Zukunftsrates wäre demokratisch. Ihm würden gewählte und daher demokratisch legitimierte Vertreter angehören, und er soll eine verfassungsmäßige, politische Institution werden. Er unterläge genau auszubuchstabie-

---

32 Kahlenborn 1997, 66.

33 Tremmel 2005, 12 f.

renden thematischen Eingrenzungen auf Fragen der Zukunftsfähigkeit (Ökologie, solide Staatsfinanzen, zukunftsfähige Bildung?) und wäre wie jedes Verfassungsorgan gerichtlicher Kontrolle unterworfen.

Hat aber nicht jeder in einer Demokratie ein *Recht auf gleiche Repräsentation* und würde dieses Recht nicht durch eine besondere Repräsentation zukünftiger Generationen verletzt? So kann man argumentieren, wenn man rein theoretisch urteilt und die empirische Erkenntnis, dass diese gleiche Repräsentation aufgrund anthropologischer Barrieren nicht funktioniert, außer Acht lässt. Gerade um die »Zukunftslobby« ähnlich stark wie die Gegenwartslobby zu machen, ist eine »umgekehrte Diskriminierung«, also eine institutionelle Bevorzugung nötig. Dass man so das leidige Lobbysystem nicht verlässt und das Problem der Nachhaltigkeit nicht völlig löst, da es eine Querschnittsaufgabe aller Politik sein muss, ist wahr, aber kein Hinderungsgrund. Wenn Nachhaltigkeit in Zukunft nicht erreicht wird, ist die Demokratie selbst in großer Gefahr, denn in einer Welt, in der Migration, Kriege und Katastrophen vorherrschen, ist der Nährboden für die Demokratie und ihr Gleichheitsideal denkbar ungünstig. Wenn wir die Menge an Gleichheit in der Zukunft betrachten, würde sie sich also erhöhen, wenn wir jetzt umgekehrt diskriminieren. Dieses letzte Argument können andere Minoritäten, die vielleicht ebenfalls z. B. eine Ombudsperson für ihre Interessen fordern könnten, übrigens nicht für ihre Zwecke nutzen.

Es muss aber zugestanden werden, dass ein Zukunftsrat die Möglichkeit zu Machtmissbrauch bietet. Auch das vorgeschlagene Nominierungs- und Wahlverfahren schließt nicht aus, dass es Einzelnen oder vielleicht einer Gruppe gelingt, eine Machtposition zu erringen und zu missbrauchen. Weil aber die Gewaltenteilung gewahrt bleibt, ist das Risiko hier nicht größer oder kleiner als bei jeder anderen Institution. In unseren bestehenden Parlamenten und Regierungen ist Machtmissbrauch ebenfalls möglich. Dass aber ein Zukunftsrat eine Institution wäre, die Machtmissbrauch besonders leicht ermöglicht, ist nicht plausibel. Eine Verfassung wie die russische, in welcher der Präsident sehr große Befugnisse hat, ist viel anfälliger für diktatorischen Missbrauch. Diktaturen setzen meist an der Exekutive an. Auf diese hätte ein Zukunftsrat aber keinen oder nur wenig (s. u.) direkten Einfluss.

2) *Blockade der Politik*: Viele werden meinen, die angesprochenen Befugnisse des Zukunftsrates seien viel zu groß. So würden z. B. die meisten Gesetze im Sektor Wirtschaft von möglichen Einsprüchen betroffen sein. Eine geregelte und effektive Politik sei mit einem Zukunftsrat nicht zu machen. Vielmehr sei zu befürchten, dass sich die Verfassungsorgane gegenseitig blockieren würden. Das Vetorecht könnte dazu führen, dass einfach kaum mehr Gesetze verabschiedet werden. Dies war ja z. B. gegen Ende der Ära Kohl der Fall, als die sogenannte »Bundesrats-Blockade« der SPD Gesetzesinitiativen verhinderte. Der Zukunfts-

rat würde nur zu einem unübersehbaren Gesetzesstau führen, der den »Standort Deutschland« gefährde.

Erst einmal ist es korrekt, dass die Mehrzahl der konventionellen Wirtschaftsgesetze am Zukunftsrat scheitern könnte. Darin besteht sein Zweck, denn dieser Rat soll eine nachhaltige Wirtschaftsweise fördern. Die konventionell »geregelte« Politik hat uns an den Rand des Abgrunds geführt. Den Weg soll ein Zukunftsrat nicht fortsetzen. Trotzdem ist das Blockadeproblem ernst zu nehmen. Jede Politik ist auf Handlungsfähigkeit angewiesen. Es ist allerdings nicht zu befürchten, dass ein Zukunftsrat die Handlungsfähigkeit der Politik zerstören würde. Man sollte nicht davon ausgehen, dass es mit der Einrichtung dieses Rates zu permanenten Vetos u. ä. käme. Die politische Praxis verläuft in der Regel anders. Politiker sind pragmatisch genug, um den Einsatz von Vetos zu vermeiden und von vornherein konsensfähige Gesetze zu entwerfen. Ein Blick auf die USA lehrt, dass das dort mögliche Veto des Präsidenten gegenüber dem Kongress nur selten zustande kommt. Man lässt es gar nicht so weit kommen, sondern sucht den Kompromiss. In der Tat wäre zu erwarten, dass sich nach der Einrichtung eines Zukunftsrates auch die Programme der konventionellen Parteien ändern, denn mit einem Programm, das von vornherein die Zusammenarbeit mit dem Zukunftsrat verbaut, wäre eine Partei nicht mehr regierungsfähig.

Zudem kann man wie beim »Veto« des Bundesrates ein Vermittlungsverfahren zwischen den Kammern einführen. Hier könnte das Votum des Zukunftsrates mit entsprechenden großen Mehrheiten überstimmt werden.

3) *Wenig Gestaltungsmacht*: Ein Defizit des Rates wäre sicher, dass er keine große Gestaltungsmacht hätte.<sup>34</sup> Zwar könnte der Rat z. B. Gesetzesinitiativen einbringen, *wäre aber eher ein Verhinderungs- als ein Durchsetzungsinstrument*. Aber man kann, wie gesagt, hoffen, dass sich z. B. die Programmatik der Parteien ändert, wenn ein Rat die Arbeit aufnimmt. Zudem könnte man es einrichten, dass der Rat einen *Vertreter in die Exekutive* entsendet, der dann z. B. als Umweltminister Politik mitgestalten könnte. Weiterhin könnte man das Umweltministerium mit einem ähnlichen »Vetorecht« wie das Finanzministerium ausstatten. Allerdings ist ein Rat und jede andere an seiner Stelle mögliche Institution nicht das Allheilmittel der Zukunft, wenngleich ein Rat einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung darstellen würde.

---

34 Stein 1998, 165 ff.

## 6 Neue politische Institutionen, Vorschlag III: Ombudspersonen

Ein anderer Vorschlag ist die Einsetzung einer Ombudsperson, einer »Anwältin für die Interessen zukünftiger<sup>35</sup> Generationen«. So etwas gab es schon in Ungarn und es gab Ähnliches in Israel und anderen Ländern. Die Funktionen dieses Anwaltes sind ähnlich wie die des Zukunftsrates. Sie können von bloßer Aufklärung der Öffentlichkeit bis zur Verzögerung von Gesetzen (suspensives Veto) und einem Vetorecht reichen. Bislang wurden solche Anwältinnen *vom Parlament oder von der Regierung eingesetzt* bzw. abgesetzt. Damit würde z. B. das Parlament mehr Kontrolle behalten und die etablierten Politiker könnten sich so vielleicht eher durchringen, eine solche Institution zu schaffen, da sie nicht so viel Macht abgeben wie bei einem gewählten Zukunftsrat. Jedoch wären alle benannten Verfahren der Einsetzung auch für Zukunftsräte denkbar.

Viele Institutionen in unserer Demokratie weisen keine direkte demokratische Legitimation auf, das wäre also kein Sonderfall. Es gibt den nicht gewählten Bundesrat, die Europäische Zentralbank, die Europäische Kommission und zahlreiche andere Institutionen, die durch Einsetzung von Regierung und/oder Parlament legitimiert sind.<sup>36</sup> All diese Institutionen sind gleichwohl kontrollierbar und kein Hort von Machtmissbrauch.

Der eventuell höheren Durchsetzbarkeit steht, verglichen mit gewählten Zukunftsräten, die *geringere Wirkung* eines solchen Anwaltes gegenüber. Wenn der Anwalt vom Parlament eingesetzt wird, wird er kaum eine radikale Opposition zur Parlamentsmehrheit einnehmen. Er wird vielmehr jemand Verdientes aus den Reihen der regierenden Mehrheit sein, so dass seine *Neutralität* fragwürdig ist. Ebenso macht die Möglichkeit, den Anwalt schnell abzusetzen, diesen nicht gerade zu einer unabhängig operierenden Instanz. Aber man könnte vorbeugen und den Anwalt nur durch eine Zweidrittelmehrheit des Parlaments absetzbar machen. Ansonsten würden dieselben Kontrollinstanzen wie beim Zukunftsrat gelten: Klare Definition des Zuständigkeitsbereichs der Institution in der Verfassung und Möglichkeit der Klage bei Verfehlung desselben.

Wenn man die Anwältin jedoch direkt vom Volk wählen lassen würde, wären die besagten Abhängigkeiten nicht gegeben, und z. B. in der Bundesrepublik, wo kein Politiker direkt gewählt wird, wäre ihre Autorität sehr groß – manchen

---

35 Wie Tremmel zu Recht bemerkt, sollte man von nachrückenden und zukünftigen Generationen reden, um die schon geborenen Generationen mit einzubeziehen. Ich werde nur der Einfachheit halber am gängigen Sprachgebrauch festhalten. Tremmel 2005, 7.

36 Rux 1999, Abschnitt III.2. cc), wo Rux ausführt, dass auch das BVG mit Bezug auf die Errichtung der EZB »Modifikationen des demokratischen Legitimationsprinzips« zulässt.

zu groß. Wenn eine Einzelperson auf diese Weise ins Amt kommt, wären ihr Einfluss und ihre Wahrnehmung vielleicht sogar noch größer als die einer ganzen, so gewählten Kammer. Hier kann eine Ombudsperson gegenüber einem Zukunftsrat punkten. Aufpassen sollte man, wenn man zu stark betont, dass eine Ombudsperson quasi eine Beschwerdestelle der Bürger gegenüber der Politik sei, mit der sich ein Stück Bürgerbeteiligung in die Politik bringen ließe.<sup>37</sup> Die Ombudsperson dient Interessen zukünftiger Generationen. Natürlich kann sie in diesem Sinne auf Basis von Informationen durch gegenwärtige Bürger tätig werden, aber sie vertritt deren Interessen nur, wenn sich diese mit denen zukünftiger Generationen decken. Ansonsten kann es massive Interessenskonflikte zwischen zukünftigen und gegenwärtigen Generationen geben und in diesen Konflikten ist die Position der Ombudsperson eindeutig auf Seiten der Zukunft zu verorten. Zwar kann die Ombudsperson die Politik transparenter und bürgernäher gestalten, jedoch nur dort, wo sich Interessen von zukünftigen und gegenwärtigen Bürgern entsprechen.

Letztlich ist es relativ gleichgültig, ob man für einen Zukunftsrat oder einen einzigen Zukunftsanwalt plädiert. Beide Modelle können große Ähnlichkeiten aufweisen. Aber meistens dürften Anwältinnen der schon in Ungarn usw. bekannten Form intendiert sein, wenn NGOs etc. von Ombudspersonen sprechen. Dann ist die Frage der Neutralität die größte Achillesferse. Zudem muss eine Mitwirkung bei der Gesetzgebung stattfinden, nicht nur eine Kontrolle der Ausführung bestehender Gesetze. Allerdings kann eine Anwältin der Zukunft in den heutigen Entscheidungsgremien mit der ihr vorgegebenen Zielsetzung sicher nicht viel Unheil anrichten. Im schlimmsten Fall hätte man eine wirkungslose, neue Institution geschaffen, welche dem *greenwashing* der etablierten Politik dient. Dieses Risiko ist es jedenfalls wert eingegangen zu werden.

Den pauschalen Einwand, dass neue Institutionen zu spät für die Rettung des Klimas kämen, kann ich nicht teilen. Erstens ist die Aufgabe der neuen Institutionen nicht auf den Klimaschutz begrenzt. Zweitens ist eine verbindliche und gehaltvolle Klimakonvention in den nächsten Jahren nicht zu erwarten. Gleichwohl bemüht man sich selbstverständlich, so schnell wie eben möglich etwas zu erreichen. Was schneller zu erreichen ist, ob so ein Abkommen oder eine neue Institution, ist offen. Wenn es also sinnvoll ist, sich für ein Abkommen einzusetzen, dann auch für neue Institutionen. Man kann daraus pessimistisch schließen, dass eben jede Rettung für das Klima zu spät ist. Jedoch, bis kein Zweifel an der Richtigkeit dieser These mehr besteht, sollte man das vermeiden. »Die Flinte zu früh ins Korn zu werfen«, kann immensen Schaden verursachen. Daher ist es keine schlechte Option gerade jetzt (s. u.), auf neue (europäische) Institutionen zu setzen.

---

37 So der Beitrag von Göpel in diesem Band.

## 7 Generationengerechtigkeit als Staatsziel

Man könnte den Weg gehen, keine neuen Institutionen zu schaffen, sondern Generationengerechtigkeit bzw. die Berücksichtigung von Interessen zukünftiger Generationen als *Staatsziel* in die Verfassung aufzunehmen und dann auf *Klagen* gegen Gesetze zu warten, welche eine unlautere Bevorzugung der Gegenwart aufweisen.<sup>38</sup> Das ist jedenfalls eine interessante Option, die mit neuen demokratischen Institutionen *gemeinsam* realisiert werden kann. Dass sie Vorteile in puncto Durchsetzbarkeit bietet, ist nicht unbedingt einzusehen, denn auch hier müssen sich die Politiker selbst eine Fußfessel anlegen. Wenn man dieses Instrument wie Tremmel als Alternativinstrument zu neuen Institutionen versteht, das dem »Beiräteunwesen« beikommen soll, dann sind mehrere Defizite auszumachen:

- 1) Man kann darauf hinweisen, dass auch das »Staatsziel Umweltschutz« keine großen Veränderungen bewirkt hat, zumal ein Staatsziel immer mit dem Verweis ausgehebelt werden kann, man gebe anderen Staatszielen den Vorrang.<sup>39</sup>
- 2) Es gibt keine Garantie dafür, dass gegen ein schlechtes Gesetz geklagt wird. Die Eigeninteressen klagender Personen oder Verbände könnten so von dem Gesetz tangiert sein, dass sich ein potenzieller Kläger durch eine Klage deutlich schlechter stellt. Das kann z. B. einer Ombudsperson, die ein Gesetzesvorhaben vereitelt, kaum passieren, denn sie sitzt auf einem finanziell abgesicherten Posten.
- 3) Jede Klage greift erst, *nachdem* eine Regelung bereits beschlossen und oft bereits eingeführt wurde. In dem Zeitraum, bis die Klage durchgebracht ist, werden die schlechten Gesetze angewendet, die mit den oben beschriebenen Institutionen nie in die Welt gekommen wären.
- 4) Jede »Reparatur« im Nachhinein verleitet dazu, das schon bestehende schlechte Gesetz nur möglichst geringfügig zu modifizieren, bis es verfassungskonform wird. Falsche Grundansätze bleiben häufig bestehen, wenn sie erst einmal in die Welt gekommen und im Prinzip Zustimmung bei den Interessengruppen gefunden haben. Völlige Neuverhandlungen sind dann selten.
- 5) Ein Ombudsmann oder ein Zukunftsrat könnte eine öffentliche Debatte über ein Gesetz im Vorfeld der Verabschiedung lostreten, sodass diese *gründlich geführt* werden kann. Bei einer Klage wird die Debatte erst im Nachhinein, und dann immer unter Zeitdruck starten, weil ein neues Gesetz innerhalb bestimmter Fristen vorliegen muss.

---

<sup>38</sup> Dafür plädiert Tremmel 2005, 6.

<sup>39</sup> Rux 1999, Abschnitt B, 2. c).



- 6) Eine Ombudsperson oder ein Zukunftsrat könnte die Gesetze systematisch auf eine bestimmte Weise beeinflussen, die Parteien könnten sich auf diese Systematik einstellen, während Klagen immer etwas Zufälliges anhaftet. Mal werden sie erhoben, mal nicht, mal gegen den einen, mal gegen den anderen Aspekt einer Regelung.
- 7) Ein Ombudsmann oder ein Rat könnte die Öffentlichkeit vor der Verabschiedung des Gesetzes aufklären. Es könnte eine Art Kampagne mit Nutzung der Medien stattfinden etc. Bei einem Urteil hat der Richter lediglich die Pflicht, eine Begründung zu formulieren, welche die Bürger dann selbst recherchieren müssten, wenn sie nicht durch zufällige Medienresonanz informiert würden. Es wäre niemand da, der eine Kampagne starten und eine Debatte initiieren würde.
- 8) Die Richter müssten nach einer Klage die strittigen Fälle entscheiden, aber sie sind anders als Ratsmitglieder oder Ombudspersonen *keine Fachleute*. Zwar können sie bei Experten Informationen einholen, aber Wissen aus zweiter Hand ist immer anfälliger für Irrtümer als das aus erster Hand. Das Argument spricht übrigens auch für Räte und gegen Ombudspersonen, denn in einem größeren Gremium finden sich immer Experten aus verschiedenen Wissensgebieten, während eine Ombudsperson meistens nur in einem Bereich über Wissen aus erster Hand verfügt.
- 9) Das *Image von Gerichten* leidet, wenn diese sich zu stark inhaltlich in die Politik einschalten. Die negative Presse zu den Urteilen des Bundesverfassungsgerichts zum Euro-Rettungsschirm ist hier exemplarisch.

---

## 8 Ausblick: Europa

Gerade, während wir eine Krise der europäischen Institutionen durchleben, sollten Initiativen aufkommen, einen Zukunftsrat oder eine Ombudsperson zusätzlich als eine Institution auf europäischer Ebene zu verankern. Wir erleben augenblicklich, dass Europa als reine Währungsgemeinschaft nicht funktionieren kann. Wir brauchen eine vereinheitlichte, europäische Politik, und ein Zukunftsrat oder eine Ombudsperson könnte ein entscheidendes Merkmal dieser Politik werden. *Der in Europa anstehende Reformprozess sollte ein Klima schaffen, in dem die Bürger und Politiker für institutionelle Neuerungen aufgeschlossen sind.* Wenn sowieso Vertragsveränderungen beschlossen werden, dann sollte man den Schutz zukünftiger Generationen im gleichen Arbeitsgang miterledigen. Es bietet sich an, mit einem europäischen Zukunftsrat etc. zu beginnen und dann Pendants auf Ebene der Nationalstaaten zu schaffen.

Jedenfalls gilt für alle Europäer, die nicht angesichts der Übermacht der Probleme resignieren wollen: Eine institutionelle Reform der europäischen Demo-

kratie ist die Front, an der es sich lohnt, zu kämpfen. Um mit den Worten der Politikwissenschaftlerin Tine Stein zu schließen: »Riskant ist nicht eine ökologisch motivierte Verfassungsreform, sondern riskant ist es, diese zu unterlassen.«<sup>40</sup>

---

## Literaturverzeichnis

- Bahro, Rudolf (1987), *Logik der Rettung*, Stuttgart/Wien: Thienemann.
- BUND, u. a. (Hg.) (1997), *Zukunftsfähiges Deutschland*, Basel/Boston u. a.: Birkhäuser.
- Cox, Peter M./Richard A. Betts, u. a. (2000), »Acceleration of global warming due to carbon-cycle feedbacks in a coupled climate model«, in: *Nature* 408 (S. 184–187).
- Dörner, Dietrich/Franz Reither (1978), »Über das Problemlösen in sehr komplexen Realitätsbereichen«, in: *Zeitschrift für experimentelle und angewandte Psychologie* XXV, 4, (S. 527 ff.).
- Friedlingstein, Pierre et al. (2006), »Climate – carbon cycle feedback analysis: results from the C4MIP model intercomparison«, in: *Journal of Climate*, 19/14 (S. 3337–3353).
- Geißler, Heiner (2012), *Sapere Aude! Warum wir eine neue Aufklärung brauchen*, Berlin: Ullstein.
- Gesang, Bernward (2011), *Klimaethik*, Berlin: Suhrkamp.
- Ders., (2003), *Eine Verteidigung des Utilitarismus*, Stuttgart: Reclam.
- Ders., (2000), *Aktien oder Apokalypse. Wege aus der globalen Ökokrise*, Paderborn: Mentis.
- Guehenno, Jean-Marie (1994), *Das Ende der Demokratie*, München/Zürich: dtv.
- Jonas, Hans (1979), *Das Prinzip Verantwortung*, Frankfurt am Main: Insel.
- Kahlenborn, Walter (1997), »Stimmen für die Natur«, in: *Politische Ökologie* 53 (S. 65–66).
- Kielmansegg, Peter Graf (1980), *Nachdenken über Demokratie*, Stuttgart: Klett-Cotta.
- Kutschera, Franz von (1982), *Grundlagen der Ethik*, Berlin/New York: De Gruyter.
- Meadows, Dennis H. u. a. (1972), *The Limits to Growth*, Washington: Potomac Associates.
- Platon (1986), *Platon Sämtliche Werke*, Bd. 3, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Precht, Richard D. (2010), *Die Kunst kein Egoist zu sein*, München: Goldmann.
- Randers, Jorgen (2012), *2052: A Global Forecast for the Next Forty Years*, Vermont: Chelsea Green Publishing.
- Rux, Johannes (2003), »Der ökologische Rat – Ein Vorschlag zur Änderung des Grundgesetzes mit Begründung«, in: *Handbuch Generationengerechtigkeit*, herausgegeben von der Stiftung für die Rechte der zukünftigen Generationen, München: ohne Verlag (S. 471–490).
- Ders., (1999), »Intertemporale Strukturprobleme der Demokratie«, in: *Freiheit und Recht*, herausgegeben von Martin Bertschi et al., Stuttgart: Boorberg (S. 301–333).
- Simon, Julian L. (1981), *The Ultimate Resource*, Princeton: Princeton University Press.

---

40 Stein 1998, 165 f.

- Stein, Tine (1998), *Demokratie und Verfassung an den Grenzen des Wachstums*, Opladen: Westdeutsche Verlagsanstalt.
- Thompson, Dennis F. (2010), »Representing future generations: political presentism and democratic Trusteeship«, in: *Critical Review of International Social and Political Philosophy*, 13/1 (S. 17–37).
- Tremmel, Jörg (2005), »Verankerung von Generationengerechtigkeit in der Verfassung«, online verfügbar unter: {<http://library.fes.de/pdf-files/akademie/online/03594.pdf>} (Stand: Mai 2013).
- Winter, Thomas von (1995), »Interessenverbände im gesellschaftlichen Wandel«, in: *Demokratie in der Krise? Zukunft der Demokratie*, herausgegeben von Thomas Jäger, Dieter Hoffmann, Opladen: Westdeutsche Verlagsanstalt (S. 145–168).



<http://www.springer.com/978-3-658-04894-5>

Kann Demokratie Nachhaltigkeit?

Gesang, B. (Hrsg.)

2014, XII, 150 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-04894-5